Bedarf besteht
Gemeinschaftsschulen für Dresden » Seite 6

Klausur
Stadtbezirksbeiräte starten ins Kommunalwahljahr » Seite 7

Krachtbrunnen
Endlich wird saniert
» Seite 8

Ausgabe 01

»Positiv ist, dass keine Einrichtung geschlossen werden muss«

Anja Apel zur Schulnetzplanung

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Februar/März 2024

Demokratie braucht Teilhabe

Linke Politik heißt: Solidarität mit denen, die es nötig haben.
» Seite 2

Kreuzritter der Demokratie

Die Ampel kritisieren in Zeiten einer erstarkenden Rechten – geht das überhaupt? Es muss

Es ist schon ein groteskes Bild, wenn etwa Annalena Baerbock und Olaf Scholz auf einer Anti-Nazi-Demo in Potsdam zu sehen sind – denn die Demokratie, die sie zu verteidigen vorgeben, wird durch sie selbst in ihren Grundfesten erschüttert.

Der Satiriker Jean-Philippe Kindler fragt zu Recht: „Von welcher Demokratie reden diese Leute hier? Von einer Demokratie, in der 30 Prozent der Menschen so arm sind, dass sie faktisch keine Zeit und Kraft haben, sich mit Politik auch nur ansatzweise zu beschäftigen? Von einer Demokratie, in der bestimmte gesellschaftliche Gruppen durch ihre ökonomische Besserstellung real bedeutend bessere Möglichkeiten haben, Politik nach ihren Bedürfnissen einzufordern und aktiv mitzugestalten?“

Kürzungen bei Sozialleistungen, bei Projekten gegen Rechts, Kinderfreibeträge erhöhen, statt das Kindergeld, Sanktionsverschärfungen gegen Transferleistungsempfänger – hier wird der Boden gelegt, den AfD und Co munter beackern.

Wie kann eine linke Antwort darauf aussehen? Vielleicht so: Die Sicherung des Mobilen Begleitservices für Mobilitätseingeschränkte, die kostenlose Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, aber auch mehr Chancengerechtigkeit durch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Freiluftpartys für alle, die wollen, eine Lea-Grundig-Straße in der Mitte unserer Stadt, mehr Probenräume, sanierte Schulen, reparierte Brunnen auf dem Neustädter Markt, mehr Schulbibliotheken und eine vernünftige Essensversorgung im Städtischen Klinikum – all das macht ein Gemeinwesen aus, das es zu verteidigen lohnt – für alle, durch alle. Und: es entzieht den Ewiggestrigen den Boden. *Thomas Feske*

SOZIALWOHNUNGSBAU

Gelder zweckentfremdet

Steigende Mieten sind in Dresden seit Jahren ein Dauerthema. Im preisgünstigen Mietsegment fehlen Wohnungen für alleinstehende Rentnerinnen und Rentner ebenso wie für Familien. Eine Ursache liegt darin, dass der Freistaat Sachsen – seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 zuständig für den Sozialwohnungsbau – viel zu wenig Geld in die Schaffung und den Erhalt von Sozialwohnungen steckt, viele Jahre wurde kein einziger Euro bereitgestellt. So ist der Bestand an Sozialwohnungen in Sachsen massiv abgeschmolzen: von 134.000 im Jahr 2006 auf 11.582 im Jahr 2017. Gleichzeitig wurden mehr als 100.000 Wohnungen in Sachsen abgerissen, einige davon auch in Dresden. Dafür flossen knapp 400 Millionen Euro aus der Städtebauförderung. So wurde aus der Bau- eine Abrissförderung. » Seite 2

Sanieren und bauen! Sozialwohnungen braucht das Land

Sozialen Wohnungsbau anschieben

Nach Jahrzehnten verfehlter Wohnungspolitik, die den Abriss von Sozialwohnungen gefördert hat, muss die Förderpolitik endlich flexibilisiert werden

Auf massiven Druck der Städte Leipzig und Dresden hin, hat der Freistaat 2017 ein Förderprogramm aufgelegt, welches die Schaffung von Sozialwohnungen ermöglicht. Seitdem werden vom Freistaat jährlich 40 bis 50 Millionen Euro Fördermittel an die Städte Dresden und Leipzig ausgereicht. Diese ermöglichen es, dass die im Jahr 2017 neu gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft WiD Sozialwohnungen bauen kann.

Das ist ein großer Erfolg. Doch noch immer hält der Freistaat Bundesgelder zurück. So erhielt Sachsen 2017 und 2018 jährlich 142,5 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau, gab davon jedoch weniger als ein Drittel für ebendiesen aus. Die Auswirkungen dieser Mittelzurückhaltung spüren Mieterinnen und Mieter schmerzlich an jedem Monatsanfang. Denn die Anzahl an Sozialwohnungen bleibt weit hinter dem bestehenden Bedarf zurück.

Aktuell bringen die massiven Preissteigerungen im Bausektor neuerliche Probleme mit sich. Die Förderrichtlinie des Freistaates ist sehr starr und reagiert nicht auf Baupreisentwicklungen. Die Vorgaben spiegeln die Realität einfach nicht wider. Die fatale Folge für Dresden ist, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft WiD Geld nicht abrufen kann, da die Preisvorgaben der Förderrichtlinie nicht eingehalten werden können. Die stetigen Forderungen, hier nachzubessern, treffen auf Landesebene auf taube Ohren. Deutlich höhere Zuschüsse sind notwendig.

Stetige Forderungen, nachzubessern, treffen auf Landesebene auf taube Ohren

Um endlich nicht mehr Jahr für Jahr das zu knappe Angebot an preisgünstigen Wohnungen zu bedauern und spürbare Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt zu erzielen, muss ganz grundsätzlich die Wohnungspolitik geändert werden. Zum Beispiel müsste endlich wieder eine Wohngemeinnützigkeit eingeführt werden, die gemeinwohlorientierte Vermieterinnen und Vermieter steuerlich begünstigt und so dazu beiträgt, dass Sozialwohnungen auch außerhalb von Förderrichtlinien entstehen und vor allem auch dauerhaft gehalten werden können.

Pia Barkow

WOHNBERECHTIGUNGSSCHEIN

Gebührenbefreiung beschlossen

Auf seiner letzten Sitzung im alten Jahr hat der Stadtrat die neue Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) beschlossen. Eine Formalie, so scheint es auf den ersten Blick. Vermutlich war auch vielen Stadträtinnen und Stadträten nicht klar, dass sie damit auch über die Gebührenfreiheit der Beantragung des Wohnberechtigungsscheines (WBS) entschieden haben.

Der Wohnberechtigungsschein ermöglicht Personen mit geringem Einkommen den Zugang zu gefördertem Wohnraum. In Dresden haben insgesamt 66.500 Mieterhaushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Die Gebührenbefreiung hat aber eine längere Vorgeschichte, die bis in das Jahr 2019 zurückreicht. Da hatte die Linksfraktion im Stadtrat einen entsprechenden Antrag eingebracht, der tatsächlich auch so beschlossen worden ist. Das Engagement des mit der Umsetzung beauftragten Oberbürgermeisters hielt sich aber in Grenzen. Es passierte nichts! Da musste sich erst eine Hintertür mit der Neufassung der Kostensatzung auftun. Ein Erfolg für die LINKE. im Dresdner Stadtrat.

Die Redaktion

FRAKTIONSANTRAG

MoBs retten!

Bereits im September des vergangenen Jahres hat die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat einen Antrag eingebracht, der die künftige Absicherung des mobilen Begleitservice (MoBs) für behinderte Menschen zum Gegenstand hat.

Der Begleitservice erleichtert speziell älteren und mobilitätsbeeinträchtigten Personen die Nutzung von Bahnen und Bussen des ÖPNV und gewährleistet einen einfachen und sicheren Zugang zum Nahverkehr in Dresden. Pro Auftrag fällt eine Gebühr von drei Euro an. Inhaberinnen und Inhaber des Dresden-Passes, die schwerbehindert oder über 65 Jahre sind, können den Begleitservice kostenlos in Anspruch nehmen.

Bisher übernahm die DVB die Sach- und Regiekosten. Allerdings kam deren Zusage in den letzten Jahren immer sehr knapp. Dieses Jahr wurde nun mitgeteilt, dass die DVB die Unterstützung für das Jahr 2024 nicht mehr leisten kann. Dies würde das Aus für den Begleitservice bedeuten – wo schon jetzt nicht alle Anfragen abgedeckt werden können und die Zahl mobilitätseingeschränkter Menschen steigt.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt dazu: »Es kann nicht sein, dass das, was in vielen Städten möglich ist, in Dresden nicht gelingt. Alle Beteiligten beteuern, das Angebot sei wichtig, und dennoch soll es eingestellt werden. Das will DIE LINKE nicht zulassen. Alle müssen an einen Tisch, um eine tragfähige Lösung zu finden. Eine Gesellschaft, die altert, kann sich den Wegfall eines solchen Angebots nicht leisten.«

Die Redaktion

Begleitservice für Behinderte im ÖPNV absichern

»Filz an der Spitze des Rathauses«

Interview mit dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zu Hilberts Rathaus-Partys, der Zukunft der Filmnächte sowie den aktuellen Gefahren für das »Elbamare« und das Luftbad Dölzschen

Der LINKEN-Fraktion liegen die öffentlichen Bäder sehr am Herzen. Vor kurzem hat die Fraktion einen Antrag zum Erhalt des Erlebnisbades »Elbamare« beim Stadtrat eingereicht. Was macht die Situation eigentlich so heikel?

Die Stadt hat das »Elbamare« nur gemietet und im März 2025 endet der Mietvertrag. Die Zukunft des Bades ist ungewiss, die Stadtverwaltung mauert seit Monaten. Auf Anfragen antwortete Oberbürgermeister Hilbert (FDP) bislang ausweichend bis nichtssagend. Viele Menschen sind in Sorge über die Zukunft des Bades. Wir wollen diese Geheimniskrämerei nicht länger hinnehmen und machen die Sache deshalb nun zum Thema im Stadtrat. Wir wollen erreichen, dass sich der Rat zum Erhalt des »Elbamare« bekennt und eine Schließung abgewendet wird.

Auch das Luftbad Dölzschen ist gefährdet. Was ist dort das Problem?

Das Luftbad Dölzschen ist akut in seiner Existenz bedroht. Zunächst erwartete Fördermittel des Bundes stehen infolge finanzpolitischer Fehlentscheidungen der Ampelkoalition nicht mehr zur Verfügung. Nach der Freibadsaison 2023 ist die Betriebserlaubnis ausgelaufen, weil das Bad über keine zeitgemäße Wasseraufbereitungstechnik verfügt. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, städtische Eigenmittel einzusetzen, damit das Bad weiter betrieben werden kann.

Jährlich finden die Filmnächte am Elbufer statt. Nach dem Willen der Stadtverwaltung soll die Veranstaltung künftig ausgeschrieben werden. Die derzeitigen Veranstalter wehren sich öffentlich dagegen. Wie geht es weiter?

Die Filmnächte finden zwar seit vielen Jahren statt, eine Ausschreibung der Veranstaltung hat es allerdings nie gegeben. Im vergangenen Jahr stimmte der Stadtrat deshalb für eine Vorlage der Stadtverwaltung zur Durchführung einer Konzessionsvergabe für Kino- und Konzertveranstaltungen. Die CDU hat sich auf die Seite der Veranstalter geschlagen und will, dass diese ohne jede Ausschreibung weiterhin die prominente Fläche am Elbufer zur Verfügung gestellt bekommen. Dieses Vorgehen birgt jedoch Gefahren für die Zukunft der Filmnächte. Wir wollen jenen Weg gehen, der die Durchführung der Filmnächte auf eine möglichst sichere rechtliche Grundlage stellt.

Eine scheinbar endlose Geschichte ist auch die Sanierung der Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt. Wann geht es endlich los?

Vor über einem Jahr hat der Stadtrat den Antrag der LINKEN zur Sanierung der Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt beschlossen. Jetzt wurden die Aufträge zur Sanierung des östlichen Krachtbrunnens vergeben. Der Baubeginn ist für Anfang März geplant. Wir haben lange dafür gekämpft. Ich freue mich, dass es endlich losgehen kann. Damit wird nicht nur das derzeitige Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität auf dem Neustädter Markt verbessert, sondern auch ein Kunstwerk der DDR denkmalgerecht wiederhergestellt. Jetzt werden wir uns dafür einsetzen, dass auch der westliche Krachtbrunnen saniert wird.

Oberbürgermeister Hilbert feierte in den vergangenen Jahren mehrere ausschweifende Partys im Rathaus. Die Aufträge dazu wurden wiederholt ohne Ausschreibung an eine Agentur vergeben, die später Hilberts Wahlkampf übernahm. Welche Konsequenzen werden gezogen?

Die Eventagentur Schröder hat für die Rathaus-Partys von Herrn Hilbert über 400.000 Euro aus der Stadtkasse erhalten. Die Vergabe der Aufträge erfolgte freihändig und ohne vorherige öffentliche Ausschreibung. Deshalb ist es geboten, das Rechnungsprüfungsamt einzuschalten und das Handeln des Oberbürgermeisters unter die Lupe zu nehmen. An der Spitze des Dresdner Rathauses wuchert der Filz. Hilberts Günstlinge werden großzügig mit lukrativen Aufträgen bedacht. Später zeigen sie sich bei passender Gelegenheit erkenntlich. Diese Zustände sind inakzeptabel. Nachdem DIE LINKE den Finger in die Wunde gelegt und dieses Gebaren an die Öffentlichkeit gebracht hat, dürfte das Rechnungsprüfungsamt in Kürze den Auftrag zur Prüfung dieser Vorgänge erhalten. Der federführende Finanzausschuss hat dem Stadtrat die Annahme unseres Antrags empfohlen.

> **»Hilberts Günstlinge werden mit lukrativen Aufträgen bedacht. Später zeigen sie sich erkenntlich«**
>
> **André Schollbach**

Auch Dresden muss seinen Beitrag zur Klimawende leisten. Das Klimaschutzkonzept der Stadt soll schon seit vier Jahren überarbeitet werden. Du hast dazu nachgefragt. Mit welchem Ergebnis?

OB Hilbert teilte im vergangenen Sommer mit, bis Ende 2023 werde die Fertigstellung eines Kernkonzeptes erwartet. Doch das Jahr verging und nix passierte. Auf erneute Nachfrage wurde jetzt mitgeteilt, die Vorlage sei für März vorgesehen. Trotz enormer Kosten liegt das Konzept vier Jahre nach Beschlussfassung immer noch nicht vor. Stattdessen wird nun eine abgespeckte Rumpffassung angekündigt. Es ist ein Offenbarungseid! Zudem ist bemerkenswert, in welchem Schneckentempo dieses Thema ausgerechnet von einer grünen Bürgermeisterin bearbeitet wird.

Das Interview führte Dirk Wagner

BEIRAT FÜR ERINNERUNGSKULTUREN

Mehr als eine Menschenkette

Die Menschenkette im Jahr 2011

Die Arbeitsgruppe »13. Februar« wurde 2009 erstmals von Oberbürgermeisterin Helma Orosz berufen. Ziel war es, dass viele wichtige gesellschaftliche Gruppen sich auf ein gemeinsames Vorgehen am Jahrestag der Zerstörung Dresdens verständigten. Dies umfasst zum einen das Gedenken an Krieg und Zerstörung, zum anderen aber auch den Protest gegen Rechtsextreme, die den Tag für ihre menschenverachtende Ideologie missbrauchen wollten. Das Ergebnis war die Menschenkette am 13. Februar 2010. Insgesamt nahmen damals 17.000 Menschen an der Aktion teil.

Seitdem organisierte die AG »13. Februar« die Menschenkette in der Dresdner Innenstadt. Die Fokussierung auf die Organisation der Menschenkette führte zunehmend zur Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der AG. Die LINKE-Beigeordnete für Kultur, Wissenschaft und Tourismus, Annekatrin Klepsch, nahm sehr gern den Vorschlag auf, die AG neu zu strukturieren. Im Jahr 2021 startete ein umfangreiches, extern moderiertes Werkstattverfahren, aus dem der Vorschlag hervorging, einen »Beirat für Erinnerungskulturen« zu bilden.

Schließlich fasste der Stadtrat in seiner Sitzung am 25. Januar 2024 den Beschluss über die Besetzung dieses Beirates. Außer je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Stadtratsfraktionen gehören dem Beirat 15 Mitglieder aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen an.

Die zu bearbeitenden Handlungsfelder sind umfangreich. Es geht um die Entwicklung inklusiver Strategien für Menschen unterschiedlicher Generationen und darum, zeitgemäße Formen der Geschichtsvermittlung zu entwickeln. Es muss geklärt werden, wie mit historischen Ereignissen und Erinnerungsorten konzeptionell umgegangen wird. Der Beirat für Erinnerungskulturen wird so Politik und Verwaltung methodisch beraten und begleiten.

Margot Gaitzsch, Stadträtin und Mitglied im Beirat Erinnerungskulturen

Annäherung an eine zutiefst Verletzte

Es ist unerträglich, dass sich der Stadtrat noch immer sperrt, eine neue kurze Straße nach der Grafikerin Lea Grundig zu benennen

Dabei hatte der für Straßenbenennungen zuständige Stadtbezirksbeirat dies dreimal nach reiflicher Überlegung empfohlen. Aus der Stadtverwaltung heraus wurde Lea Grundig als SED-Funktionärin bezeichnet, ihr eine Stasimitarbeit angelastet, sie habe Menschen politisch geschadet. Was dabei völlig verdrängt, verleugnet und ignoriert wird, ist ihre eigene dreifache Verfolgungsgeschichte in Nazi-Dresden, nämlich als Jüdin im Sinne der NS-Rassengesetze, politisch als Kommunistin und als »entartete« Künstlerin, sicherlich der einzig bedeutende Kunstpreis, den man im Dritten Reich bekommen konnte.

Eine Straßenbenennung wäre eine Geste der Wiedergutmachung

Lea Grundig wurde 1906 als Lina Langer geboren

Lea Grundig wurde 1906 als Lina Langer in die gesicherte materielle Existenz einer Kaufmannsfamilie hineingeboren. In den zwanziger Jahren konnte sie Kunst in Dresden studieren, fand zur Kommunistischen Partei und heiratete Hans Grundig. Im folgenden Jahrzehnt musste ein Teil ihrer Familie unter hohen materiellen Verlusten nach Palästina auswandern, andere kamen in den Vernichtungslagern der Nazis um. Sie selbst floh nach Verhaftung und Ausweisung über die Slowakei nach Palästina und überlebte die Sprengung der Patria durch die Hagana vor Haifa. 1949 kam Grundig nach Dresden zurück und hatte bis 1967 eine Professur an der Kunsthochschule inne. Zwischen 1964 und 1970 war sie Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler der DDR. 1977 ist sie, die den Untergang der Patria überlebte, auf einer Schiffsreise über das Schwarze und das Mittelmeer mitten zwischen Deutschland und Israel verstorben.

Was bleibt, ist ein facettenreiches Werk

Werden am Anfang einfache Proleten in der Großstadt thematisiert, dramatisieren sich die Themen bis 1939 auf den Alltag unter dem Hakenkreuz, Kriegsahnungen, NS-Terror, Antisemitismus, Unterdrückung durch Arbeit, Deportation. Die Werke stellen die Realität Dresdens unter den Nazis in einer Greifbarkeit dar, die schwer erträglich ist. Später in Palästina zeigt sich eine ganz andere Seite von Lea Grundig. Sie erstellte fröhliche bunte Kinderbuchillustrationen von einer unglaublichen Leichtigkeit, Helligkeit und Lebensbejahung, um dann ab 1943 den Holocaust darzustellen, in einer schonungslosen Klarheit, ahnend, bevor es Bilder oder Filme davon gab.

Was immer Lea Grundig, wenn überhaupt, später gesagt oder getan haben sollte, diese Lebensgeschichte und diese früh ahnende, fast wissende Darstellung des menschlichen Leides unter dem Nazismus, dieses Werk würde davon nicht entwertet oder relativiert. Im Gegenteil. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Seele, die dies alles hat kommen sehen, wie es dann kam, nicht zutiefst verletzt war, zumal es auch nach 1950 noch zu antisemitischen Anfeindungen ihr gegenüber gekommen sein soll. Eine Straßenbenennung wäre eine Geste der Wiedergutmachung. Es wird sich zeigen, ob der Stadtrat mehrheitlich die Reife dazu hat. *Tilo Wirtz*

Stadtrat
Gemeinsam stärker werden
» Seite 3

Politische Bildung
Wissen um das große Ganze
» Seite 5

Neue Worte
Der Wunsch nach korrekter Ansprache
» Seite 7

Ausgabe 01

»Der bürgerliche Anstrich der AfD ist Lüge und brandgefährlich!«
Clara Bünger

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Februar/März 2024

Europa braucht DIE LINKE

Die Europawahl als Test für verbliebenes Vertrauen. » Seite 4

Aufrüstung durch Sozialabbau

Wie Stimmung für sozialen Kahlschlag gemacht wird

Seit einiger Zeit wird einer fiesen Debatte der Weg bereitet, in der die Notwendigkeit hoher Militärausgaben als Argument für massive Sozialkürzungen ins Feld geführt wird. In seiner letzten Januar-Ausgabe zieht auch der Spiegel das Thema prominent hoch. Zunächst wird in dem Artikel beschrieben, dass das Bundeswehr-Sondervermögen 2027 aufgebraucht sein dürfte und spätestens 2028 eine massive Erhöhung des Militärhaushaltes notwendig wäre, um die anvisierten zwei Prozent des BIP Militärausgaben zu erreichen. Abgebildet werden müsse dies bereits in der nächsten Mittelfristigen Finanzplanung, die in wenigen Monaten vorliegen und erstmals bis zum Jahr 2028 reichen werde.

Dazu wird Verteidigungsminister Boris Pistorius mit den Worten zitiert: »Wir haben die Zusage des Kanzlers, dass wir bis in die 2030er Jahre hinein mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts in die Verteidigung investieren. Also ausdrücklich auch dann, wenn das Sondervermögen ab 2027 aufgebraucht sein wird.« Er verstehe ja diejenigen, »die nicht so viel Geld für Waffen und Munition ausgeben wollen« – aber: »Am Ende geht es darum, dass wir in dieser Phase der Bedrohung neue Prioritäten setzen.« Woher das Geld – 25 bis 35 Milliarden Euro – stammen soll, weiß Finanzminister Christian Lindner auch schon, der dem Spiegel zufolge diese Steilvorlage gerne aufgriff: »Kürzlich war Finanzminister Lindner im Verteidigungsausschuss des Bundestags zu Gast. In der vertraulichen Sitzung verriet der Major der Reserve, woher er das fehlende Geld für Waffen und Ausrüstung der Bundeswehr gern nehmen würde: aus dem Sozialetat. Hier gebe es Einsparpotenziale, die Freiräume für Wehrausgaben eröffnen würden, sagte Lindner laut Teilnehmern.«

Jürgen Wagner, Politikwissenschaftler (IMI)

EDITORIAL

Fehlende Worte

Es ist eine Weile her, dass die letzte Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift im Briefkasten war – und nun sind wir schon im zweiten Monat des Jahres 2024. Hoffentlich war es ein schöner, besinnlicher Jahreswechsel in dieses 2024, dass ein so besonderes werden wird. Das, was sich in den Wahlumfragen – vor allen Dingen in den ostdeutschen Ländern – zusammenbraut, ist bedrohlich. Die AfD ist keine *normale* Partei. Und sie ist auch für die meisten ihrer Wählerinnen und Wähler überhaupt keine Alternative. Programmatisch hat die AfD für die *Kleinen Leute* nichts zu bieten. Die AfD ist eine Partei für die Reichen und genau so stimmt sie im Bundestag auch immer ab. Ihr politisches Programm ist so brutal, wie ihre Sprache verlogen ist. Dass es die Linke in Deutschland aber in der dieser bedrohlichen Situation geschafft hat, sich medienwirksam zu spalten, ist wiederum von so erlesener Dummheit, dass einem die Worte dafür fehlen. Wir haben dringend etwas gut zu machen!

Uwe Schaarschmidt

Hindernisse müssen überwunden werden

Inklusion jetzt!

Der Stillstand in Sachen Gleichstellung muss ein Ende haben

2024 ist Superwahljahr. In Sachsen stehen Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen bevor. Ein guter Zeitpunkt, um zu fragen: Wie steht es um die Inklusion im Land? Im Oktober haben die Vereinten Nationen einen Stillstand in der Politik für Menschen mit Behinderungen in Deutschland festgestellt. Dabei ist ihre Gleichberechtigung gesetzliche Pflicht.

In Sachsen will die Koalition bis zu den Wahlen keine Verbesserungen am Sächsischen Inklusionsgesetz vornehmen. Wir wollen nicht mehr warten bis sich etwas ändert. Wir wollen: Inklusion jetzt! Dazu haben wir als Linksfraktion zum Fachgespräch am 25. Januar 2024 in den Landtag eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche aktuellen Probleme Menschen mit Behinderungen in Sachsen beschäftigen und wie inklusive Strukturen ermöglicht werden können.

Die Teilhabe am öffentlichen Leben muss stärker in den sächsischen Gesetzen verankert werden

Diskutierende waren Bernd Wiesner (Stellvertretender Vorsitzender Landesbeirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen), Michael Welsch (Landesinklusionsbeauftragter), Norbert Richter (Landesbeirat, Stadtverband der Gehörlosen Dresden), Kati Stephan (Zentrum selbstbestimmtes Leben Sachsen) und Elke Breitenbach (Abgeordnete der Linksfraktion in Berlin, ehemalige Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales). Die Veranstaltung war gut besucht und wurde stark nachgefragt. Die Beteiligung an der offenen Diskussionsrunde zur Frage, was es für mehr Inklusion in Sachen braucht und was Politik konkret tun kann, war groß. So konnten wir wichtige Perspektiven aufnehmen, die dann auch zum Teil in der Podiumsdiskussion diskutiert wurden.

Teilhabe ohne Wenn und Aber

Wir unterstützen die zum Fachgespräch benannten inklusionspolitischen Forderungen und setzen uns für mehr politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen ein. Die in Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben muss stärker in den sächsischen Gesetzen und Verordnungen verankert und nachgeschärft werden, indem zum Beispiel das Sächsische Inklusionsgesetz novelliert, barrierefreie Wahllokale gesetzlich vorgeschrieben, hauptamtliche Inklusionsbeauftragte bestellt werden und vieles mehr.

Deshalb bringen wir unseren aktuellen Antrag »Für echte Mitbestimmung: Politische und gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Behinderungen sicherstellen!« ein. Wir fordern: Sachsen soll sich stärker engagieren! Menschen mit Behinderungen sind politisch zu repräsentieren und konsequent an allen politischen Entscheidungen zu beteiligen – entsprechend des Slogans der Behindertenbewegung »Nicht über uns ohne uns!«.

Sarah Buddeberg, MdL

KEINE PARTEIENFINANZIERUNG FÜR VERFASSUNGSFEINDE

Geldhahn zudrehen

Es ist gut und richtig, dass das Bundesverfassungsgericht der NPD (seit Juni 2023 »Die Heimat«) eine klare Absage erteilt hat. Mit diesem Urteil ist eindeutig geklärt, dass die NDP als verfassungsfeindliche Partei von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden musste. Diese wichtige Grundsatzentscheidung ist ein Signal an alle, die sich derzeit mit einem möglichen AfD-Verbotsverfahren auseinandersetzen, denn sie zeigt eine weitere Möglichkeit, was statt eines Verbots noch juristisch in Erwägung gezogen werden kann, um die politischen Handlungs- und Einflussmöglichkeiten der AfD deutlich zu reduzieren. Spätestens seit der Veröffentlichung der »Correctiv«-Recherchen muss allen klar sein, wie brandgefährlich und menschenfeindlich die AfD agiert. Ihr vermeintlich bürgerlicher Anstrich kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie nah sich NPD und AfD stehen. In der Konsequenz halte ich es für dringend notwendig, auch bei der AfD diese juristische Möglichkeit auszuschöpfen. Es kann nicht sein, dass eine Partei, die elementare Grund- und Menschenrechte abschaffen will, staatlich finanziert wird. Deshalb muss der AfD so schnell wie möglich der Geldhahn abgedreht werden.

Bundesregierung muss handeln

Es ist sehr ermutigend, dass sich in den letzten Tagen etwa 1,4 Millionen Menschen klar gegen die AfD und rechte Politik positioniert und damit lautstark ein Zeichen gesetzt haben. Und ich bin froh, dass das nicht nur in großen Städten passiert, sondern auch jenseits der großen Städte, wie zum Beispiel in Aue in Sachsen. Das ist ein starkes Signal. Wir als LINKE sind dabei. Die Menschen, die auf die Straße gehen, erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich handelt. Sie erwarten einen Plan und konkrete Maßnahmen, damit die Massendeportationspläne der Rechten niemals Realität werden. »Niemals« bedeutet auch, dass die Bundesregierung jetzt handeln muss. Was nicht hilft, sind Kürzungen beim Bürgergeld und Abschiebungen im großen Stil. Die AfD will die Demokratie und insbesondere den Rechtsstaat abschaffen. Diese Gefahr ernst zu nehmen, bedeutet in der Konsequenz auch, sie mit allen zur Verfügung stehenden juristischen und politischen Mitteln zu bekämpfen. *Clara Bünger, MdB*

Immer dabei, wenn es gegen Rassismus und Hetze geht: DIE LINKE

Eine LINKE für alle

DIE LINKE zittert vor einem weiteren bösen Erwachen bei den anstehenden Wahlen. Wobei: In Dresden ist das noch lange nicht ausgemacht, wenn wir gemeinsam die richtigen Weichen stellen

Nur eine soziale Stadt ist eine wirklich schöne Stadt.

Der LINKEN ist in Dresden ein Kunststück gelungen. Sie hat in einer Zeit ungewisser Aussichten – sowohl gesellschaftlicher als auch was sie selbst betrifft –, in Zeiten harten Ringens um ihren Kurs zur eigenen Existenzrettung, in Zeiten teils erbitterter Konflikte auf allen Parteiebenen hier in dieser Stadt einen Listenvorschlag für die Stadtratswahl erarbeitet, der mit großer Zustimmung und nahezu konfliktfrei durch die Partei getragen wird. »Endlich mal«, möchte man aufseufzen. Eine LINKE, die sich selbst zerlegt, dieses Bild verbreitet sich zur Genüge. Es wird die große Herausforderung dieses Wahlkampfes sein, auszumachen, in welchen Bereichen DIE LINKE noch auf ihre Glaubwürdigkeit setzen kann und genau diese Glaubwürdigkeit auch prozentual übers (Wahl-)Ziel zu tragen.

Als gestaltende Kraft mit fachlich versierten Köpfen

Vor fünf Jahren schnitt DIE LINKE zur Europawahl stadtweit mit etwa elf Prozent ab, die zeitgleich stattfindende Kommunalwahl bescherte ihr 16 Prozent der Wählerinnen- und Wählerstimmen – ein relevanter Unterschied. Offensichtlich werden in die Dresdner LINKE als kommunalpolitische Kraft mit stadtweit bekannten Verantwortungsträgerinnen und -trägern mehr Hoffnungen gesetzt als in ihr europapolitisches Angebot oder aber das für den Sächsischen Landtag – da waren es ebenfalls ungefähr elf Prozent.

Milieuübergreifend – eine Partei für alle

Die Stadtratsfraktion der Dresdner LINKEN ist bekannt – und bei manch einem gefürchtet – für den Anspruch, politisch möglichst breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Sie verzichtet deshalb bewusst auf die in letzter Zeit in manchen Bereichen unserer Partei grassierende Mäkeligkeit, was zu bearbeitende Themen oder eine zu adressierende Klientel betrifft. Günstigere Buga-Eintrittspreise für für Dresden-Pass-Inhabende legalisierte Freiluftpartys, kostenlose Wohnberechtigungsscheine, Erhalt von Straßenfesten, Wiederaufnahme des Schulbibliothekenprogramms, kostenlose Damenhygieneprodukte auf öffentlichen Toiletten, Deutschlandticket auch als Sozialticket – Politik für alle, die auf das Wirken einer sozialen Kraft angewiesen sind, das ist DIE LINKE in Dresden. Dabei stellt sie immer die soziale Frage in den Mittelpunkt. Eine LINKE für alle stößt auch nicht die vor den Kopf, die sich auf Landes- und Europaebene einem *neuen* Parteiprojekt zuwenden, sie bietet ihnen auf kommunalpolitischer Ebene weiterhin eine wählbare Alternative.

Eine LINKE, die sich ins Detail begibt, gewinnt Vertrauen

Nah am Problem

Vertrauenswürdigkeit entsteht da, wo konkrete Probleme nicht nur als Steilvorlage für eine Pressemitteilung genutzt werden, sondern aufgenommen und einer Lösung zugeführt werden. DIE LINKE kümmert sich um zu kurze Ampelphasen, ein Freiluftbad, dem die Schließung droht, um ein Waldstück an der Münchner Straße, das von der Nachbarschaft geliebt, aber für ein Bauprojekt weichen soll und um die bessere ÖPNV-Anbindung von Neu-Leuteritz. Eine LINKE, die sich ins Detail begibt und die Kraft zur Veränderung aufbringt, gewinnt Vertrauen.

Ohne uns schnappt jeder Oberbürgermeister über

Auch Kommunalpolitik braucht Opposition. Nicht wenige Dresdnerinnen und Dresdner erlebten in den letzten Monaten ein böses Erwachen – zumindest wenn sie Dirk Hilbert im Jahr 2022 gewählt haben sollten. Selbstbedienungsmentalität an der Stadtspitze, Vetternwirtschaft auf allerhöchster Ebene, ob bei Rathauspartys oder Vergabe öffentlicher Aufträge – ohne DIE LINKE, und hier insbesondere André Schollbach, würde wenig bis nichts davon das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Wichtig ist, den Allmachtsphantasien des Oberbürgermeisters etwas entgegenzusetzen – nicht nur, aber auch aus Gründen der Demokratiepflege.

Schutzmacht gegen Rechts

Gerade die gesellschaftlichen Bereiche, für die DIE LINKE sich in Dresden stark macht, erweisen sich in diesen Tagen als Seismograph für die Auswirkungen, die mit den gesellschaftlichen Diskursverschiebungen einherzugehen drohen. Bei den Trägern von Jugendhilfe, im Sozialbereich, aber auch bei Kulturschaffenden geht regelrecht Angst um vor einer Situation, in der Dresden nach rechts kippt. Das sozialchauvinistische und autoritäre Weltbild der AfD ist eine ernste Gefahr für die freie Kunst in Dresden und für all die, die sich für Benachteiligte in unserer Stadt engagieren. DIE LINKE aber muss genau diese Bereiche verteidigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt sie also, die Ansatzpunkte, wo DIE LINKE gebraucht wird und sie ihre Notwendigkeit unter Beweis stellen kann. Ihre Präsenz – ob als Fraktion oder als Partei – aber muss durch uns alle getragen werden. Bitte wendet Euch an Eure Ortsvorstände, um zu erfahren, wo Ihr mithelfen könnt – oder natürlich auch an mich.

Thomas Feske

EINLADUNG ZU BESONDERER FRAUENTAGSVERANSTALTUNG

Kämpfen und feiern

Da der 8. März in diesem Jahr auf einen Freitag fällt, findet am Freitag der kämpferische Teil auf der Straße statt. Aber am Sonnabend, dem 9. März, 14 Uhr, laden wir alle Frauen – und natürlich auch Männer – zu einem amüsanten, aber auch zum Nachdenken anregenden Nachmittag in unseren Saal im »Haus der Begegnung« ein. Wir freuen uns riesig, dass wir die »Chanson-Nette« Jeannette Urzendowsky aus Berlin nach Dresden einladen konnten.

Sie kommt nicht allein, sondern bringt ihren Freund und Pianisten Harry Ermer mit. Er ist am Klavier und an der Mundharmonika virtuos. Gemeinsam präsentieren sie bekannte und weniger bekannte, heiße, böse, lustige und nachdenkliche Chansons. Euch erwarten gewiss zwei kurzweilige Stunden!

Rica Gottwald

CLARA-ZETKIN-PREIS 2024

Frauen-kämpfe

DIE LINKE würdigt seit 2011 mit dem Clara-Zetkin-Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Clara Zetkin mit Rosa Luxemburg im Jahre 1910

Anlässlich des Internationalen Frauenkampftages vergibt DIE LINKE am 1. März, ab 19 Uhr, im Dresdner »Kraftwerk Mitte« zum 14. Mal den Clara-Zetkin-Preis, um herausragende Leistungen von Frauen* in Gesellschaft und Politik zu würdigen. Der Eintritt zur Preisverleihung ist frei. Im Anschluss an die Preisverleihung wird es eine Aftershow-Party geben. *Kristin Hofmann*

Mehr Infos: www.clara-zetkin-frauenpreis.de

Ines Schwerdtner ist am 14. März zu Gast bei der Dresdner LINKEN im Haus der Begegnung

Meine Motivation

Wie die LINKE wieder in die Spur kommen kann – und auch muss

Europa steht vor einer Richtungsentscheidung: Werden wir zu einem Kontinent, der sich für den Krieg rüstet, sich abschottet – und dabei die Menschen verarmen lässt? Ein Kontinent, wo Land für Land rechte Regierungen an die Macht kommen und undemokratische Institutionen unser Leben beherrschen, in denen Lobbyisten statt der Wählerinnen und Wähler das Sagen haben? Oder entscheiden wir uns dafür, ein gerechtes und demokratisches Europa zu erkämpfen, in dem wir alle – ob hier geboren, zugezogen oder geflüchtet – gut und selbstbestimmt leben können. Ein Europa, das selbstbewusst, demokratisch über seine Zukunft entscheidet, statt zum Spielball der Großmächte oder zum Museum der fossilen Technologien zu werden.

Auch DIE LINKE steht vor einer Richtungsentscheidung. Wir gewinnen, wenn wir bedingungslos für Menschen in Not eintreten, aber genauso bedingungslos für alle, die durch ihre Arbeit unsere Gesellschaft am Laufen halten und dabei gerade noch über die Runden kommen. Wir müssen für alle da sein, die in unserem Land keine Stimme haben und die nächste Krise fürchten. Wir müssen allen diesen Menschen eine Stimme geben. Weil uns das immer seltener gelingt, ist unsere Existenz als Partei bedroht, besonders im Osten. Einige unserer Nachbarstaaten sind bereits Länder ohne Linke – zumindest gibt es dort keine linken Parteien von Bedeutung mehr. Die Resultate sind klar: Der öffentliche Diskurs wird zur Schlammschlacht zwischen Liberalen und Rechten, soziale Fragen spielen keine Rolle mehr. Das dürfen wir nicht zulassen – weder in Deutschland noch im Rest Europas. Beide Richtungsentscheidungen – für Europa und für die deutsche Linke – fallen in dieser Zeit zusammen. Es geht darum, jetzt Verantwortung zu übernehmen. Deshalb habe ich mich entschieden, in die LINKE einzutreten und mich als Kandidatin zur Europawahl zu bewerben. Die kommenden Monate bis zur Wahl im Juni 2024 werden für die Zukunft des Landes, des Kontinents und der Partei entscheidend sein. Gehen wir es an.

Ines Schwerdtner

Wir gewinnen, wenn wir bedingungslos für Menschen in Not eintreten

Zur Person

Ines Schwerdtner wurde 1989 im sächsischen Werdau geboren. Nach der Schule studierte sie in Berlin Politikwissenschaften und Englisch. 2014 zog sie für ein Masterstudium in Politischer Theorie nach Frankfurt am Main und wurde gleichzeitig Gesamtkoordinatorin in der traditionsreichen marxistischen Zeitschrift »Das Argument«. Seither arbeitet sie als freiberufliche Journalistin und Publizistin und schreibt regelmäßig für verschiedene linke Zeitungen. Im Mai 2020 gründete sie mit einigen Genossinnen und Genossen die Zeitschrift »Jacobin« und wurde dessen Chefredakteurin. Am 25. August 2023 erklärte sie ihren Eintritt in die LINKE und kündigte an, für deren Liste zur Europawahl zu kandidieren. Am 18. November dieses Jahres wurde sie in Augsburg auf Platz 5 der Europa-Liste der Partei gewählt.

AG BILDUNG

Unsere Thesen für gute Bildung

Voranstellen möchte ich ein großes Dankeschön an Anja Apel, Steven Dotzauer und Florian Berndt, die mit ihrer Expertise wesentlich dazu beigetragen haben, die Thesen zur Bildung für das Kommunalwahlprogramm 2024 aktuell aufzustellen. Speziell verständigten wir uns zu den Rubriken, wobei wir unser Augenmerk besonders auf die neue Schulform der Gemeinschaftsschulen legten. Hervorheben möchte ich ebenfalls den solidarischen Charakter in unseren Thesen, die Lehr- und Lernbedingungen für alle zu verbessern. Das gesamte Programm wird in den nächsten Wochen hoffentlich eine große Rolle in der innerparteilichen Diskussion spielen und wir freuen uns auf eure Meinungen und Hinweise zu unserem Teil Bildung mit den folgenden Rubriken:

- Gemeinschaftsschulen, Inklusivität und Schulstruktur
- Unterstützung der Lehrenden, Erziehenden und multiprofessionellen Teams
- Unterstützung für Lernende
- Ausbildung, Weiterbildung, Erwachsenenbildung inklusive Senior:innenbildung

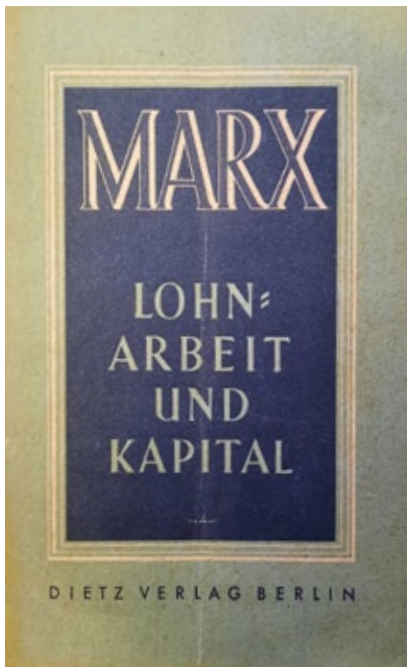
Für ein modernes, kooperatives sowie inklusives und lebenslanges Lernen auch in Dresden!

Ingrid Körner
AG Bildung Dresden

Lebenslanges lernen braucht entsprechende Strukturen

Sozialismus und Partei

Veranstaltungsreihe zur Positionsbestimmung



Am Anfang der Arbeiterbewegung stand die Arbeiterbildung

Die Politische Bildung war eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. In Arbeiterbildungsvereinen lernten junge und alte Proletarier die Ursachen von Armut und Reichtum, Herrschaft und Unterdrückung kennen. Ohne dieses vermittelte Wissen wären die Motivation für die sozialen Kämpfe der folgenden Jahrzehnte nicht möglich gewesen.

Mit Stolz und zu Recht sagen wir von uns selbst, dass wir die einzige etablierte Partei sind, welche sozialistisch ist und demnach die Systemfrage stellt. Aber was genau bedeutet das? Zur Klärung dessen muss man zuerst das System, die Auswirkungen auf unsere Art zu Leben und zu Denken verstehen, die inhärenten Widersprüche erkennen und Wege des Kampfes erörtern. Diese auf die Aufhebung des aktuellen Wirtschaftssystem basierende Betrachtungsweise findet man nicht in einer bürgerlichen Zeitung, geschweige denn in irgendeinem Schulbuch.

Demzufolge muss dies aus uns, aus der Bewegung heraus, entwachsen. Ich möchte hierzu meinen Teil beitragen und lade euch alle zu meiner Vortragsreihe ein. Diese gliedern sich in zwei Teile: die inhaltliche Einführung und danach die offene Diskussion. Ohne Vorwissen empfehle ich, die Vorträge in der gegebenen Reihenfolge zu besuchen. Als Konzept sind diese jedoch in sich abgeschlossen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir zuerst gemeinsam als Partei eine Idee der *Systemfrage* erarbeiten müssen, bevor wir uns sozialistisch nennen können. Nur durch das Licht der Erkenntnis kann die Umnachtung durch das Kapital überwunden werden.

Marcus Bartusch

Termine

Wer erwirtschaftet wie Gewinne? Einführung in die marxistische Ökonomie
9. Februar, 18 Uhr

Postwachstumsökonomie, Klimawandel und Kapitalismus. Revolution oder Untergang?
16. Februar, 18 Uhr

Der Bürgerliche Staat und das Parlament. Chancen und Grenzen des Parlamentarismus
22. Februar, 18 Uhr

Nationalstaaten in Konkurrenz, Imperialismus und Krieg. Wie sieht eine sozialistische Friedenspolitik aus?
1. März, 18 Uhr

Gewerkschaft und Partei. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Ziele
7. März, 18 Uhr

Sollten wir nicht mehr in Arm und Reich denken? Fokus und Perspektiven einer sozialistischen Partei.
15. März, 18 Uhr

Immer in der »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

AUSSTELLUNG ZU ENTEIGNUNG

Umstrittener Begriff

Ab Anfang März bis Mitte April wird im Zentralwerk die Ausstellung »Enteignung: Zur Geschichte eines umkämpften Begriffs« zu sehen sein. Seitdem die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« in Berlin für einen Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen mobilisiert hat, ist »Enteignung« in aller Munde. Dabei polarisiert dieser Begriff.

Die Ausstellung begibt sich auf historische Spurensuche, denn die Idee, Privateigentum zum Wohle der Gesellschaft umzuverteilen, reicht weit zurück in die Geschichte. Begleitend zur Ausstellung werden verschiedene Diskussionsveranstaltungen stattfinden. Alle Informationen dazu werdet ihr auf unserer Webseite finden. Also seid aufmerksam, damit ihr nichts verpasst!

Das Zentralwerk (zentralwerk-eg.de) befindet sich in den Gebäuden des ehemaligen Grafischen Großbetriebes »Völkerfreundschaft« auf der Riesaer Straße 32 in Dresden-Pieschen.

Rica Gottwald

Während dieser sechs Wochen muss es Aufsichten während der Öffnungszeiten dieser Ausstellung geben. Wer Zeit und Lust hat, uns dabei zu unterstützen, melde sich bitte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Regionalbüro Dresden

Das Zentralwerk – ein kreatives Zentrum in Pieschen

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Die extreme Rechte in Europa
Vortrag und Diskussion von und mit Steven Hummel (RLS Sachsen)

Die extreme Rechte ist europaweit organisiert und international vernetzt. Dies zeigt sich sowohl mit Blick auf Parteien und Parlamente als auch mit Blick auf außerparlamentarische Organisationen. Neben trennenden Momenten wie dem Nationalismus versuchen entsprechende Organisationen Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Dies gelingt mit Blick auf die aktuellen multiplen Krisen jedoch nur bedingt. Der Vortrag skizziert die aktuellen Situation der extremen Rechten in Europa. Ein Schwerpunkt kommt dabei dem EU-Parlament sowie den Wahlen im Juni 2024 zu.
■ 21. Februar, 19 Uhr, »Wir AG«

Steven Hummel ist Politikwissenschaftler und engagiert sich ehrenamtlich beim Dokumentations- und Rechercheprojekt »chronik.LE.« Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

NACHRUF AUF DR. ROLF OEHLER

Mitbegründer von »Cuba Si« verstorben

Am 16. Dezember 2023 verstarb Dr. Rolf Oehler im Alter von 93 Jahren. Rolf gründete 1994 mit ein paar gleichgesinnten Genossinnen und Genossen, unter der Schirmherrschaft der PDS auch in Dresden die AG »Cuba Si«, um durch politische Propaganda auf den Milchpulverboykott der Kohl-Regierung, im Komplott mit den USA und westeuropäischen Ländern gegen die kubanischen Kinder aufmerksam zu machen und zur internationalen Solidarität aufzurufen.

Das kleine Kollektiv schaffte und schafft es immer wieder durch Veranstaltungen, Sammlungen, Werbung in Apotheken, Arztpraxen, Schulen tatkräftig für die finanzielle, materielle Unterstützung Kubas auf landwirtschaftlichem, medizinischem, energetischen (Solar) oder schulischen Gebiet in der Bevölkerung zu werben.

Rolf, wir danken dir für dein jahrzehntelanges Engagement nicht nur durch Worte, sondern auch durch deine großzügigen Spenden. Wort und Tat waren bei dir immer eine Einheit! Wir werden deine Arbeit fortführen. Wir verneigen uns!

Deine Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG »Cuba Si« Dresden sowie des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE

Grabstätte von Robert Siebert und seiner Frau in Berlin. Wir sammeln für einen Baum zu seinen Ehren

TRADITION DER DRESDNER LINKEN

Fahrt nach Buchenwald

Anlässlich des nunmehr 79. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald werden wir unsere traditionelle Fahrt zur Gedenkstätte auch 2024 wieder durchführen. In diesem Jahr werden wir am Sonntag, dem 14. April, gemeinsam mit dem Bus zu den Feierlichkeiten fahren. Schreibt euch den Termin gleich dick in euren Kalender und meldet euch fest an.

Auch in diesem Jahr werden weitere Bäume für ehemalige Häftlinge gepflanzt. Und wie jedes Jahr finanzieren auch wir einen Baum. Wir werden mit unserem Baum Robert Siewert ehren. Er war als politischer Häftling im KZ Buchenwald. Er brachte die Kraft und den Mut auf, neben dem alltäglichen Kampf ums eigene Überleben, sich auch noch um das Leben der Kinder zu kümmern. Der Baum kostet insgesamt 1000 Euro. Das ist viel Geld. Wer selbst nicht mitfahren kann, kann aber ab sofort eine Spende für unseren Baum im Haus der Begegnung abgeben. Eine Spendenquittung erhaltet ihr.

Rica Gottwald

■ Fahrt nach Buchenwald, 14. April, Abfahrt: 6.15 Uhr, ab Pirnaischer Platz, Rückkunft gegen 20.15 Uhr, Unkostenbeitrag: 25 Euro, Anmeldung: Telefon 0351/8583801 oder rica.gottwald@dielinke-dresden.de

FEBRUAR/MÄRZ/APRIL

Termine und Veranstaltungen

Mitgliederversammlung der LINKEN Dresden-Nord mit Thomas Feske
■ 28. Februar, 19 Uhr, Volkssolidarität, Putbuser Weg 18

Basiskonferenz zum Thema Mobilität, Verkehr, Stadtentwicklung
■ 28. Februar, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sitzung des Ältestenrats der LINKEN Dresden im März
■ 5. März, 10 Uhr, Empore, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sammlung Cuba Si im März
■ 7. März, 10 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93, Infos: www.dielinke-dresden.de/arbeitsgemeinschaften

Sitzung des Stadtvorstandes im März
■ 7. März, 18 Uhr, Saal »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Kämpfen und feiern
Einladung zu einer ganz besonderen Frauentagsveranstaltung
■ 9. März, 14 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Basiskonferenz mit Ines Schwerdtner
Ines kandidiert auf der Europa-Liste auf Platz 5
■ 14. März, 18 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Immer eine gute Adresse: Das »Haus der Begegnung«

Basiskonferenz zum Thema Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen
■ 20. März, 18.30 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93

Mitgliederversammlung der LINKEN Dresden-Nord
■ 20. März, 19 Uhr, Volkssolidarität Putbuser Weg 18

Sitzung des Ältestenrats der LINKEN Dresden im April
■ 9. April, 10 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sitzung des Stadtvorstandes im April
■ 11. April, 18 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald
■ 14. April, 6.15 Uhr, ab Pirnaischer Platz, Unkostenbeitrag: 25 Euro, Anmeldung: rica.gottwald@dielinkedresden.de oder Telefon 0351/8583801

DRK Blutspende
Gleichzeitig kann man sich auch für die Knochenmarktspende typisieren lassen. Ausweis nicht vergessen!
■ 16. April, 15 Uhr, Saal, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Nicht die FLINTA* ins Korn werfen!

Der Kampf für Gerechtigkeit und Frieden braucht eine klare Sprache

Wer zivile Kriegsopfer »Kollateralschaden« nennt, arme Menschen als »sozial schwach« bezeichnet oder Heimatvertriebene zu »illegalen Migrantinnen« zählt, redet an den Problemen unserer Zeit vorbei. Genau deshalb sprechen manche junge Genossinnen und Genossen nicht allein von Frauen, sondern von FLINTA*s.

Was bedeutet FLINTA*?

FLINTA* steht für alle Menschen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität patriarchal diskriminiert werden. Ausgeschrieben heißt das (hetero) Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-Binäre-, Trans- und Agender-Personen. Dazu gehören auch Trans-Männer oder Intergender Personen, die männlich sind. Das Sternchen am Ende soll zusätzlich weitere Variationen der Geschlechtervielfalt einbeziehen.

Warum lohnt es sich, von FLINTA*s zu sprechen?

Im Patriarchat ist der (weiße) hetero Mann das Idealbild. Oft stellen vermeintlich nicht-männliche Verhaltensweisen sogar eine Bedrohung für das Männer-Ideal dar. Menschen, die als »nicht-männlich« wahrgenommen werden, erleben regelmäßig, dass ihnen weniger Verantwortung zugetraut wird, dass sie herabgewürdigt, sexualisiert, bedroht, vergewaltigt und getötet werden. Dabei werden Frauen, Schwule und andere genderqueere Personen auf unterschiedliche Weisen diskriminiert. Die verschiedenen Befreiungsgruppen haben historisch deshalb auch unterschiedliche Anliegen und Strategien entwickelt. Der deutsche Begriff FLINTA* soll also dann gebraucht werden, wenn diese Kämpfe sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Kritik am Begriff FLINTA*

Wie bei vielen Ansätzen inklusiver Sprache, besteht eine Diskrepanz zwischen dem Sprechen und den tatsächlichen Verhältnissen. Nur von FLINTA*s zu reden heißt noch lange nicht, dass diese Gruppe und ihre gemeinsames Interesse tatsächlich als Einheit existiert. Solche Bündnisse müssen erst »durch einen mühsamen Aushandlungsprozess über gemeinsame politische Ziele hergestellt werden« (C. Trunk, 2022). Eine inklusive Sprache kann jedoch eines von vielen Instrumenten sein, die realen Verhältnisse zu verändern und Gruppen gemeinsam auf die Straße zu bringen.

Des Weiteren sind schwule Männer nicht mit dem Akronym FLINTA* gemeint, obwohl auch sie vom patriarchalen System diskriminiert werden. Als Grund wird unter anderem aufgeführt, dass FLINTA*-Schutzräume allen Zuflucht bieten sollen, die voneinander keine Diskriminierung zu befürchten haben, weil sie *offensichtlich* keine hetero Männer sind. Allerdings können zum Beispiel auch Trans- oder Intergender Personen *offensichtlich* als Cis-Männer wahrgenommen werden, obwohl sie bei FLINTA* mit gemeint sind. Der Umgang mit Schutzräumen für Diskriminierte ist also allein durch den Begriff FLINTA* nicht zufriedenstellend lösbar und muss weiterhin überdacht werden.

Officer Brown, erste schwarze Polizistin in Oakland bei ihrem ersten Schießtraining im Jahre 1970

Eine inklusive Sprache kann ein Instrument sein, die realen Verhältnisse zu verändern

Zuletzt bedeutet die Befreiung von patriarchaler Herrschaft für alle Menschen mehr Freiheit – selbst für hetero Männer. Wann es sinnvoll ist, die konkreten Erfahrungen und Anliegen diskriminierter Gruppen hervorzuheben, und sie einzeln oder zusammengefasst – FLINTA*s – zu adressieren, hängt also hochgradig vom Kontext ab. Manchmal kann es gewinnbringend sein, die Front zwischen hetero Männern und FLINTA*s nicht so sehr zu betonen. Stattdessen könnte in bestimmten Situationen darauf verwiesen werden, dass es auch für die große Gruppe der hetero Männer durchaus im eigenen Interesse ist, patriarchale Strukturen abzuschaffen.

Ist es okay, weiterhin nur von Frauen zu sprechen?

Ja. Alle, die FLINTA* sagen, meinen ja unter anderem auch hetero Frauen. Wer seit 50 Jahren für Frauenrechte, Frauentage, Mutterrenten und andere wichtige Dinge eintritt, soll das bitte auch weiterhin tun. Wenn Ihr aber in guter linker Tradition die Dinge beim Namen nennen wollt, dann redet bei gemeinsamen Kämpfen gegen patriarchale Diskriminierung nicht nur von Frauen, sondern von FLINTA*s. *Mark Hänsen*

GELUNGENER NEUJAHRSEMPFANG

Die Linksjugend wächst

Mit den Neuen auf ein Neues

Die Linksjugend konnte am 9. Januar diesen Jahres einige neue Gesichter in der Runde begrüßen. Bei der Neumitgliederbegrüßung fanden sich knapp 20 Genossis in der »Wir AG« ein. Vom Aufbau der linksjugend bis zur Fraktion im Bundestag haben wir den Ablauf und Werdegang besprochen und die Strukturen verdeutlicht. Die theoretischen Punkte waren dann vorbei und wir widmeten uns dem entspannten Teil des Abends. Zwischen leckerem Essen und ein paar Getränken haben wir uns über die Beweggründe des Eintritts und/oder das künftige Engagement unterhalten. Am Ende des Abends wurde sich auch direkt vernetzt. Wir hatten also einen großartigen Start ins neue Jahr und haben viele Gesichter zu unseren wöchentlichen Treffen wiedergesehen. Auf ein kämpferisches Jahr! *Zada Salihovic*

Menschenrecht am Kipppunkt

Vom Kampf um ein menschenwürdiges Asyl in Europa

Europäischer Plan: Keine Zukunft für das Asylrecht?

30 Jahre nach der Zurechtstutzung des Asylrechtes in der bundesdeutschen Verfassung, fiel Thorsten Frei von der CDU im Sommerloch nichts Besseres ein, als den Abschuss des Asylrechtes im Grundgesetz vorzuschlagen.

Das Asylrecht müsse weg, eine Kontingentlösung her – die menschen- und verfassungsrechtlich keinen Halt hat. Mal abgesehen davon, dass die Streichung dieses Grundrechtes ein Aufruf zur Delegitimierung aller Fluchtgründe von Asylsuchenden führen und damit den Zusammenhalt unserer pluralen Gesellschaft weiter destabilisieren würde, gibt es dafür weder in der deutschen Gesellschaft noch im Bundestag eine entsprechende Mehrheit.

Zur weiteren Kultivierung des Rechtsrucks der CDU hatte Herr Frei die Nebelkerze gezündet und ungewollt der Ampelkoalition die Möglichkeit geboten, sich als Gutmenschen zu präsentieren, die sie leider gar nicht sind. Denn so wichtig ein solches Grundrecht ist, so wenig wäre mit seiner Streichung im Grundgesetz das Asylrecht abgeschafft. Was alle Beteiligten unter den Tisch kehren ist der Fakt, dass die Asylpolitik europäische Gemeinschaftspolitik ist. Auch die Mitgliedstaaten, die das Asylrecht nicht verfassungsmäßig verankert haben, müssen Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta, die sich der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet hat, umsetzen. Sämtliche nationale Regularien basieren daher auf europäischen Regeln.

Ein gutes Beispiel ist die Temporary Protection Directive (TPD), die heute als juristische Grundlage für die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge in der EU dient. Erst wenn auf europäischer Ebene das Asylrecht gekippt wird, ist es weg.

Die Ampel und die Werte

Womit wir direkt beim EU-Asylkompromiss des Europäischen Rates sind. Viel wirkungsmächtiger ist dieser Kompromiss, der von SPD, FDP und den Grünen mitunterstützt wurde, weil er tatsächlich das individuelle Recht auf Asyl kippen könnte. Der Kompromiss enthält Regelungen, die die Aussortierung von Flüchtlingen an den Grenzen und keine verbindlichen Verpflichtungen zur Aufnahme von Geflüchteten seitens der Mitgliedstaaten enthalten sollen. Die gleichen Sozial- und Freien Demokraten sowie Grünen, die wacker gegen Frei und Merz im Sommer wetterten, stimmten auf europäischer Ebene als Abgeordnete einem miserablen Parlamentsbeschluss zum Asylpaket zu und exakt ihre Parteien sorgten im Europäischen Rat dafür, dass der sogenannte Asylkompromiss des Rates – der übrigens noch nicht einmal eine Kontingentlösung beinhaltet – zustande kam.

Erst wenn auf europäischer Ebene das Asylrecht gekippt wird, ist es weg

So schnell holt einen die Wahrheit ein – weder CDU, SPD, FDP noch die Grünen verteidigen das individuelle Recht auf Asyl. Das ist die Tragik der Geschichte.

Cornelia Ernst, MdEP

Weiterlesen unter: www.rosalux.de/news/id/51028/30-jahre-kampf-um-ein-menschenwuerdiges-asyl-in-europa

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Cornelia Ernst, Thomas Feske, Rica Gottwald, Mark Hänsen, Kristin Hofmann, Ingrid Körner, Zada Salihovic, Ines Schwerdtner, Jürgen Wagner

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Makeitsomarketing/Pixabay (2); Martin Heinlein (2); Oliver Guhr/unsplash (3); Olaf Krostitz (4); Ben Mullins / unsplash (5) Linksjugend Dresden (7); rarehistoricalphotos.com (7); Christian Lue/unsplash (8);

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt. Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
6. Februar 2024

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Die Linke
Stadtverband Dresden

Feste feiern unter freiem Himmel

Freiluftpartys legalisieren

Für junge Menschen gehören Partys zum Lebensgefühl. Wenn diese jedoch illegal in der Heide stattfinden, sind sie schlecht für Natur und Umwelt

Wenn es nach dem Willen der Fraktionen der LINKEN sowie der Grünen geht, sollen in Dresden nichtkommerzielle Freiluftpartys stattfinden können. Als LINKE wollten wir bei der Verwaltung eine Satzung zur Durchführung von Freiluftpartys in Auftrag geben. Die Grünen hingegen wollten zuvor durch die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte mögliche Orte benennen lassen, wo entsprechende Veranstaltungen stattfinden können.

Im Beratungsverlauf haben wir die beiden Anträge im Kulturausschuss zusammengetan und beauftragen nun die Verwaltung eine Satzung zu erarbeiten. Diese Satzung soll einerseits künftig spontane Freiluftpartys möglich machen und andererseits Sicherheitsfragen, sowie die Fragen von Sauberkeit und Zugänglichkeit klären.

Spontane Freiluftpartys nach dem Bremer Modell zu ermöglichen, stand als Ziel in unserem Kommunalwahlprogramm. Also informierte ich mich über das Bremer Modell – einem Ortsgesetz über nichtkommerzielle Freiluftpartys – und war erstaunt, wie unbürokratisch und einfach es dort funktioniert. In Bremen sind Freiluftpartys im Sinne des Ortsgesetzes spontane, nichtkommerzielle Feiern unter freiem Himmel mit elektronisch verstärkter Musik. Bremen hat dabei Regelungen entwickelt, die die Sauberkeit am Ort der Party sicherstellen. Auch wurde die Anzahl der Partyteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie die Anzahl der Partys an einem Ort begrenzt. Ich nahm Verbindung zur LINKEN-Fraktion in Bremen auf. Sie berichteten, dass dieses Gesetz erfolgreich umgesetzt wurde und die Ordnungskräfte die Entwicklung sehr positiv beschrieben. Im Jahr fanden etwa 35 Partys statt. In letzter Zeit wurde es allerdings immer schwieriger, Orte zu finden, denn die örtlichen Vertretungen bestimmten immer mehr Verbotszonen.

Warum soll nicht in einem Randgebiet viermal im Jahr eine Party stattfinden können?

Vor Ort entscheiden

Eine Diskussion, welche auch bei uns in den Stadtbezirken und Ortschaftsräten stattfand. Dabei gab es zwar generell Verständnis für das Bedürfnis spontan zu feiern, aber die Antwort war oft: »nicht bei uns«. Soll das Projekt erfolgreich sein, müssen natürlich die Interessen der Feiernden mit denen der übrigen Bevölkerung und den Belangen des Umweltschutzes in Einklang gebracht werden. Auch haben die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte ein Entscheidungsrecht darüber, welche Flächen in ihrem Zuständigkeitsbereich ausgeschlossen sind.

Ich denke, hier müssen wir gesamtstädtisch einen Diskurs führen. Wie können die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen hier in Dresden Berücksichtigung finden? Den Partylärm hat ganz besonders die Neustadt zu tragen, mit Gästen aus der ganzen Stadt und vielen feiernden Touristen. Warum soll nicht auch in einem Randgebiet in Dresden viermal im Jahr eine Party stattfinden können? Menschen brauchen ihre Freiräume – diese will die LINKE schaffen.

Anja Apel

ANTRAG FÜR MEHR PROBERÄUME

Platz zur Entfaltung

DIE LINKE hat unter dem Titel »Kulturentwicklungsplan 2020 umsetzen – Atelierräume für Künstlerinnen und Künstler in Dresden sichern« einen Antrag in den Stadtrat eingebracht.

Dresden ist als Kultur- und Kunststadt über die Jahrhunderte bekannt. Die Stadt zieht Künstlerinnen und Künstler an. Kunstschaffende brauchen aber Raum, um sich zu entfalten. Mittlerweile sind bezahlbare Atelier- und Proberäume ein knappes Gut.

Der 2020 durch den Stadtrat beschlossene Kulturentwicklungsplan (KEP) benennt für den Bereich Bildende Kunst als Schwerpunkt »das Vorhalten von kostengünstigen Atelierräumen. Neben temporär nutzbaren Räumen werden vor allem Ateliers mit einer langfristigen Verfügbarkeit benötigt, die den Künstlerinnen und Künstlern Sicherheit in ihrem Schaffen geben«.

Der genannte Antrag fordert den OB auf, über den Stand der Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes in diesem Punkt zu berichten. Wurden beispielsweise Atelier- und Probenräume in den neuen Kultur- und Nachbarschaftszentren eingerichtet, ist eine der Fragen. In Punkt 4 wird es dann konkret. Die Passage fordert den Oberbürgermeister auf, »über eine Prüfung und Möglichkeit des Ankaufs bestehender Künstler- bzw. Atelierhäuser in der Stadt durch die Landeshauptstadt Dresden für eine dauerhafte Sicherung zu berichten, insbesondere die Liegenschaften Hansastraße 3, Gostritzer Straße 10, Pillnitzer Landstraße 57«. Außerdem wird nach der möglichen Zwischennutzung von leerstehenden Immobilien der Landeshauptstadt Dresden gefragt.

Die LINKE-Stadträtin Anja Apel meint: »Im Ganzen sind die Berichte eine notwendige Grundlage, um konkretes Handeln zu ermöglichen. Nämlich Maßnahmen einzuleiten, die dem Mangel an bezahlbaren Künstlerateliers und Proberäumen entgegenwirken können.«

Die Redaktion

Räume für Kreative, die es krachen lassen

Hier wird kooperativ gelernt

Noch am Anfang

Auszüge aus der Rede von Florian Berndt im Stadtrat zum interfraktionellen Antrag »Zusammenhalt und Fortschritt brauchen längeres gemeinsames Lernen«

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, hier heute sprechen zu können, denn das längere gemeinsame Lernen ist mir nicht nur eine Herzensangelegenheit, für die ich seit Jahren im Verein »Länger Gemeinsam Lernen – Gemeinschaftsschule in Sachsen« streite. Die Gemeinschaftsschulen sind überhaupt erst entstanden, weil über 50.000 Menschen in Sachsen den Volksantrag unterzeichnet haben. Und Gemeinschaftsschulen können auch nur erfolgreich werden, wenn alle bei der Errichtung mitgenommen werden. [...]

Dass es in Dresden bereits zwei Gemeinschaftsschulen gibt und dass die Anmeldezahlen an ihnen so hoch sind, ist kein Zufall. 12.000 Dresdnerinnen und Dresdner haben damals den Volksantrag mit ihrer Unterschrift unterstützt, also ein doppelt so hoher Anteil gemessen an der sächsischen Gesamtbevölkerung. [...]

Gemeinschaftsschule schafft ein soziales Miteinander

An einer Gemeinschaftsschule lernen Kinder über die vierte Klasse hinaus, gemeinsam bis zur Klasse 10 oder 12. [...] Dabei schafft sie ein soziales Miteinander, abseits von Leistungsdruck, und hinterfragt, wie derzeit gelernt wird. Alles in allem möchte die Gemeinschaftsschule das in den Mittelpunkt stellen, was manchmal vergessen wird: Den Lernerfolg des einzelnen Schülers. [...]

Wir stehen dabei in Sachsen noch am Anfang, bestehende, werdende Schulen und deren multiprofessionellen Teams möchten sich austauschen und deshalb haben wir nunmehr den zweiten Gemeinschaftsschultag in Chemnitz veranstaltet. Das erste Treffen fand in Dresden statt. Bei beiden gab es im Übrigen eine sehr rege Teilnahme. [...] Der dritte Gemeinschaftsschultag ist bereits in Planung. [...]

Lassen Sie uns heute darüber diskutieren, wie wir Schule und Bildung in Dresden zukünftig gestalten. Und treffen Sie heute eine Entscheidung, dass Dresden, vielleicht sogar über die sächsischen Landesgrenzen hinaus, zu einem Leuchtturm in Sachen Gemeinschaftsschulen wird. *Florian Berndt*

FORTSCHREIBUNG DER SCHULNETZPLANUNG

Keine Schulschließungen vorgesehen

Im Januar stand der folgende Tagesordnungspunkt auf der Stadtratstagesordnung: »Fortschreibung der Schulnetzplanung, Planteile Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen, Schulen des zweiten Bildungsweges und Schulen in nicht kommunaler Trägerschaft.« Was steckt dahinter?

Hier die amtliche Erklärung: Die Gewährleistung der schulischen Infrastruktur ist eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Alle fünf Jahre überprüft und aktualisiert die Stadt Dresden die mittel- und langfristige Entwicklung ihrer Schulinfrastruktur. Die Bevölkerungsprognose stellt dabei die statistische Grundlage für die Fortschreibung der Schulnetzplanung dar. Ein deutlicher Rückgang der Geburten führt demnach zu einem Rückgang der Schülerzahlen.

Zudem hat der Stadtrat bei seiner Beschlussfassung zur Schulnetzplanung einen interfraktionellen Änderungsantrag angenommen, der besagt, dass »in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinschaften dem Stadtrat weitere Schulstandorte zur Entwicklung von Gemeinschaftsschulen zum Beschluss vorzuschlagen« sind. Und ganz konkret soll geprüft werden, wie dem Wunsch des Ortschaftsrats Oberwartha nach der Entwicklung der Oberschule Cossebaude zur Gemeinschaftsschule nachgekommen werden kann.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt dazu: »Besonders positiv ist, dass trotz zurückgehender Schülerzahlen keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist. Das ermöglicht es, kleinere Klassen zu bilden.« *Die Redaktion*

In kleineren Klassen lernt es sich konzentrierter

Gunild Lattmann-Kretschmer

TRAUER UM GUNILD LATTMANN-KRETSCHMER

»Bis heute ein Vorbild«

Die frühere Intendantin des Theaters der Jungen Generation, Landtagsabgeordnete und Stadträtin, ist am 10. Februar 2024 im Alter von 87 Jahren verstorben.

In einer gemeinsamen Erklärung bringen die Vorsitzenden des LINKEN-Stadtverbandes, Jens Matthis und Jacqueline Muth, und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, André Schollbach, ihren Respekt vor der Lebensleistung zum Ausdruck. Hier der Wortlaut:

»Gunild Lattmann-Kretschmer hat als Dramaturgin und Intendantin des Theaters der Jungen Generation das Kinder- und Jugendtheater über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und weiterentwickelt. Sie erwarb sich große kulturpolitische Verdienste und erhielt dafür weit über ihre Intendanz hinaus Anerkennung und Hochachtung.

Als Tochter eines deutschen Offiziers, der sich in der Kriegsgefangenschaft vom Faschismus abwandte, wurde sie in frühester Jugend bereits politisch gegen Krieg und Faschismus geprägt. So war sie nicht nur eine Theaterfrau, sondern hat sich darüber hinaus bis in das hohe Alter politisch engagiert. Sie war von 1990 bis 1994 Stadtverordnete für die PDS, von 1994 bis 2004 Landtagsabgeordnete und von 2009 bis 2014 LINKE-Stadträtin in Dresden.

Mit ihrer Disziplin und Hartnäckigkeit, aber auch ihrer stets freundlichen und gewinnenden Art ist sie uns bis heute ein Vorbild und wird dies auch in Zukunft bleiben. Wir werden Gunild Lattmann-Kretschmer ein ehrendes Andenken bewahren.« *Die Redaktion*

Anregender Austausch im Worldcafé

KLAUSUR DER ORTSCHAFTS- UND STADTBEZIRKSBEIRÄTE

Guter Start ins Wahljahr

Am 27. Januar fand die genannte Klausurtagung im Rathaus statt. Nach der Begrüßung ging es weiter mit dem ersten Tagesordnungspunkt und dem einleitenden Kurzreferat von Jens Matthis zur kommunalpolitischen Arbeit der LINKEN vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Partei.

Aber richtig spannend wurde es nach der Pause. Ein neues Format wurde erprobt. Das sogenannte Worldcafé. Im Kern eine thematische Aufteilung in verschiedene Themenbereiche und kleinere Diskussionsrunden. Nach der Vorstellung der fünf Thementische teilten sich die Anwesenden auf.

Am Tisch der Stadträtin Anja Apel ging es um die weitere Entwicklung der Kultur- und Nachbarschaftszentren in den Stadtteilen. Das Thema Stadtentwicklung und Bau mit den Schwerpunkten Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung wurde von Stadtrat Tilo Wirtz betreut und zur Sozialpolitik in den Stadtteilen machte Pia Barkow ein Diskussionsangebot. Mit dem LINKEN-Stadtrat Jens Matthis wurde über aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Nahverkehr und die Zukunft der Dresdner Verkehrsbetriebe gesprochen und über Sportangebote in den Stadtteilen wurde sich mit der Stadträtin Margot Gaitzsch ausgetauscht.

Die Gespräche und Diskussionen ergaben sehr viele Anregungen und Ideen. Die Spanne reichte von der Forderung nach mehr verkehrsberuhigten Zonen bis zur Einrichtung längerer Ampelphasen für Fußgänger. Ebenso wurde über die Verwendung von regionalem Saatgut beim Stadtgrün gesprochen, wie über die Priorisierung bei der Mittelvergabe der Budgets der Stadtbezirksbeiräte. Insgesamt wurde die Veranstaltung von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als sehr gelungen bewertet. Ein guter Start in das Kommunalwahljahr. *Die Redaktion*

TILO KIEßLING IM STADTRAT ZUR STRASSENKUNST

Auf der Seite der Freiheit

Während ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, lief als Hintergrundmusik Dario Rossi. Das ist ein Straßenmusiker, der auf ausgebreiteten alltäglichen Utensilien trommelt. Für meine Ohren sehr schön. Für andere vielleicht ein Grund zur Beschwerde.

§ 35 der sächsischen Verfassung besagt: »Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.«

Vermutlich ist aber mit den immerzu genannten Beschwerden gar nicht so sehr der förmliche Vorgang gemeint, sondern wohl so etwas wie Unmutsäußerungen über einen Zustand, der einem gerade nicht gefällt. Aber wissen Sie, so etwas gibt es doch immer.

Und in diesem Widerstreit zwischen Reglementierung und Freiheit stehen wir auf der Seite der Freiheit. Das ist übrigens ein Ergebnis unserer Herkunft aus der DDR, in der die Freiheit wenig galt. Und zur Freiheit gehört nun einmal ab und zu auch Musik. *Tilo Kießling*

Straßenmusik: Die einen stört es, die anderen nicht

Die Proteste zeigen Wirkung

Wie sieht es mit der Haushaltsbewirtschaftung in diesem Jahr aus? Droht wieder eine Haushaltssperre, oder werden Gelder umgeschichtet?

Wenn im Haushalt der Stadt durch Kostenerhöhungen plötzlich viele Millionen Euro fehlen, gibt es eigentlich nur wenige unmittelbare Reaktionsmöglichkeiten. Eine ist, gar nichts zu tun und zu hoffen. Hat man Glück, kommt von irgendwoher Geld, hat man Pech, landet das Defizit voll in den Büchern und muss in den Folgejahren ausgeglichen werden.

Eine zweite Variante ist, innerhalb der beschlossenen Projekte umzuschichten. Das ist eine gute, aber sehr aufwendige Möglichkeit. Und bei jedem Projekt, von dem Geld weggenommen wird, droht in der Verwaltung und in der Politik Ungemach.

Eine dritte Möglichkeit ist die Haushaltssperre. Diese aber nimmt sowohl dem Stadtrat als auch der Verwaltung die Zügel aus der Hand, sie wird nämlich vom »Fachbediensteten für das Haushaltswesen« ausgesprochen und kann sehr unangenehm sein, das haben wir in Dresden 2023 ja wieder einmal erlebt. Hier betraf eine Haushaltssperre plötzlich alle Bereiche, in denen noch Geld *übrig* war, und vor allem bei Sport und Jugendhilfe hatte das harte Folgen.

Während nämlich in der Verwaltung der Stadt Personalkosten und Sachkosten in unterschiedlichen Haushaltsteilen dargestellt werden, sind die Personalkosten der geförderten Einrichtungen Bestandteil ihrer Förderung, und dieses Geld zählt für die Stadt dennoch zu den Sachkosten. Damit schlägt eine prozentuale Sperre sofort viel härter ins Kontor. Zudem kann nicht, wie in der Verwaltung, über Umschichtungen Geld nachgeschoben werden.

Haushaltsbewirtschaftung – ein schwieriger Balanceakt

Nun hat die Verwaltungsspitze sich etwas einfallen lassen, dass diese Härten mindert und zumindest die volle politische Handlungsfähigkeit erhält: Um fehlende Haushaltsmittel in einem Bereich von 40 bis 50 Millionen Euro herauszuwirtschaften, gibt es eine Haushaltssperre light. Die Ämter sollen nur 80 Prozent ihrer Ansätze ausgeben, und gleichzeitig bleiben Wohlfahrtspflege, Sport und Jugendhilfe von dieser Last befreit. Regelmäßig wird zu mehreren Terminen in die Kasse geschaut, ob diese Maßnahme ausreicht. *Tilo Kießling*

Der Baubeginn ist für Anfang März geplant

KRACHT-BRUNNEN

Sanierung kann endlich beginnen

Am 24. November 2022 beschloss der Stadtrat den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur denkmalgerechten Sanierung der Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt. Anfang des Jahres hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung nun endlich die Aufträge zur Sanierung des östlichen Krachtbrunnens vergeben.

Mehrmals hatte der Fraktionsvorsitzende André Schollbach nach Zeitplan und Kosten der Sanierung gefragt. Laut der aktuellen Antwort der Verwaltung ist der Baubeginn nunmehr für Anfang März 2024 geplant. Die voraussichtlichen finanziellen Aufwendungen der Landeshauptstadt Dresden für die Sanierung des östlichen Krachtbrunnens betragen 2,05 Millionen Euro.

LINKEN-Fraktionsvorsitzende André Schollbach meint: »Wir haben lange dafür gekämpft. Es hat sich gelohnt. Ich freue mich, dass nun die Aufträge vergeben werden konnten und die Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Brunnens endlich losgehen kann. Damit wird das derzeitige Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität auf dem Neustädter Markt verbessert.«

Die Redaktion

MEHR SCHULBIBLIOTHEKEN

Bedarf besteht

Bildungsgerechtigkeit – ein großes Wort. Und doch kann man mit vielen kleinen Dingen zum Gelingen beitragen. Zum Beispiel mit Schulbibliotheken. 2018 hatte der Dresdner Stadtrat auch auf Initiative der LINKEN hin deren Einrichtung beschlossen. Und die Zahlen sprechen für sich: Bisher wurden 39 Schulbibliotheken, die durch zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptbibliothek betreut werden, eingerichtet. 50 Leselotsinnen wurden angelernt und insgesamt 33.000 Bücher zur Verfügung gestellt.

2021/22 geriet die weitergehende Umsetzung des Projektes ins Stocken, es wurde trotz Haushaltsbeschluss keine weitere Personalstelle für die Bibliotheken durch Oberbürgermeister Hilbert geschaffen. Dabei haben weitere 30 Schulen Bedarf an einer Schulbibliothek angemeldet, aber diese gehen derzeit leer aus. Daher hat die LINKE eine Antragsinitiative gestartet, um die Entwicklung der Schulbibliotheken fortzusetzen und wieder in Gang zu bringen. »Das Projekt soll weiterwachsen, mehr Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützen und so auch einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten. Der Bedarf ist da.« Sagt die LINKE-Stadträtin Anja Apel, die den Antrag schrieb. *Die Redaktion*

Schulbibliotheken sind eine feine Sache

ZWECKENTFREMDUNGSVERBOT

Schwaches Gesetz

Endlich hat der Landtag den Gesetzentwurf der Koalition zum Zweckentfremdungsverbot verabschiedet. Zwar schon im Koalitionsvertrag von 2019 versprochen, hat es fünf Jahre gebraucht, bis das Gesetz zur Abstimmung gekommen ist. Was ist und bezweckt ein Zweckentfremdungsverbot? Kommunen wird damit die Möglichkeit eingeräumt, gegen Vermieterinnen und Vermieter vorzugehen, wenn sie ihren Wohnraum für andere Zwecke als Wohnzwecke vermieten, oder über einen langen Zeitraum leer stehen lassen.

Zweckentfremdung? Bei Wohnungsknappheit schon

Die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat fordert dies schon seit Jahren. Denn das Problem der Zweckentfremdung von Wohnraum ist in Dresden schon lange zu beobachten. Etwa 1500 Wohnungen werden dauerhaft als Ferienwohnung zweckentfremdet und stehen damit dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung.

Das vorgelegte Gesetz jedoch ist im bundesweiten Vergleich das schwächste Zweckentfremdungsverbotsgesetz. So ist es üblich, dass Leerstand nur drei bis sechs Monate toleriert wird. In Sachsen sind es zwölf Monate. Auch die Definition, was alles unter eine Zweckentfremdung fällt, ist hier sehr knapp, es geht eigentlich nur um Leerstand und Ferienwohnungsnutzung. Alle anderen Bundesländer haben deutlich mehr Punkte aufgegriffen, wie zum Beispiel die Vermietung von Wohnraum für Gewerbe. Ein Vorgehen gegen Verwahrlosung und Abriss fehlt ebenfalls. Übrig bleibt ein Kniefall vor der Eigentümerlobby.

Die LINKE-Stadträtin Pia Barkow ist enttäuscht und meint: »Wir müssen in Dresden in der Wohnungspolitik alle Instrumente nutzen, die zur Verfügung stehen, um Mieterinnen und Mieter zu schützen. Daher ärgert es mich, dass die Koalition auf Landesebene einen so schwachen Gesetzentwurf vorgelegt hat. In der Neustadt gibt es mittlerweile ganze Häuser, die nur noch als Ferienwohnung genutzt werden. Das Gesetz ist jedoch so schwach, dass wir als Kommune diese Zweckentfremdung ein ganzes Jahr lang hinnehmen müssen. Die Leittragenden sind letztlich die Mieterinnen und Mieter.«

Die Redaktion

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Dr. Dirk Wagner, Susann Dietzschold, Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Florian Berndt, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Tilo Kießling, André Schollbach, Dr. Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
Edyta Pawlowska/photocase (1); Leeroy agency/pixabay (2); kastoimages/photocase (2); falco/pixabay (2); DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (3); Derbrauni/Wikimedia Commons (4); Wikimedia Commons (4); Alf Holm/pixabay (5); Brandon Bolander/pixabay (5); greenspc/pixabay (6); 14995841/pixabay (6); Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (6); Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (7); Steve Buissinne/pixabay (7); Mircea Lanku/pixabay (7); Dguendel/Wikimedia Commons (8); Hermann Kollinger/pixabay (8); Erich Westendarp/pixabay (8)

Redaktionsschluss
10. Februar 2024

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
3000 Exemplare

Die Linke
Fraktion im Dresdner Stadtrat